

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

47 (24.2.1951)

ETTTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.20 DM. zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.40, im Verlag abgeholt 2.10 DM

Badischer Landemann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 8-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

3/52. Jahrgang

Samstag, den 24. Februar 1951

Nr. 47

Atlantikpakt ist wichtiger

Noch keine Vollmacht für Hallstein

Bonn (UP). Die Verteidigung Europas im Rahmen des atlantischen Systems muß den Vorrang vor den Pariser Beratungen über die Bildung einer Europarmee haben, erklärte ein Sprecher der Bundesregierung vor der Presse in Bonn.

Die Bundesregierung — so fügte er hinzu — sehe jedoch im Plevenplan und dem von Frankreich vorgelegten Memorandum ein geeignetes Mittel, um zu einer positiven Europapolitik zu kommen. Die Bundesregierung werde sich immer zum Sprecher einer Europapolitik machen und habe stets eine solche beibehalten.

Staatssekretär Hallstein hat noch keine Ermächtigung erhalten, das Vertragswerk über die Sechsmächte-Montanunion im Namen der Bundesrepublik zu paraphrasieren. Ein Regierungssprecher sagte hierzu, daß die strittige Frage einer Beibehaltung der Verbundwirtschaft an der Ruhr als letztes Hindernis noch geklärt werden müsse.

Um den Segelflugsport

Nach einem Antrag des Bundestagsausschusses für Fragen der Jugendfürsorge soll die Bundesregierung durch den Bundestag ersucht werden, in Verhandlungen mit den Hohen Kommissaren die Aufhebung des Segelflugsverbots zu erreichen. Die Bundesregierung soll außerdem ersucht werden, mit den Alliierten über die Aufhebung der Verbote im Amateurfunkwesen zu verhandeln.

Im Rahmen der Betreuung der deutschen Jugend wird die Einführung eines „Tages deutscher Jugend“ und die Durchführung sportlicher Wettkämpfe im ganzen Bundesgebiet nach dem Vorbild der Reichsjugendwettkämpfe der Weimarer Republik angeregt.

Umsiedlertausch mit Österreich

Familienzusammenführung jetzt möglich
Wiesbaden (UP). Die österreichische Regierung hat sich jetzt nach längeren Verhandlungen bereit erklärt, im Austausch gegen Umsiedler aus Österreich auf der Grundlage der Familienzusammenführung eine entsprechende Anzahl Personen aus der Bundesrepublik aufzunehmen, gab der Leiter des hessischen Flüchtlingsamtes, Wenzel Jakob, bekannt. Anträge auf Umsiedlung nach Österreich können bei den zuständigen westdeutschen Kreisflüchtlingsstellen eingereicht werden.

Ostberlin plant Arbeiterkonferenz

Tiefe Verbeugungen vor den Sowjets — Kränze am Ehrenmal

Berlin (UP). Die Atmosphäre allgemeiner Ermüdung, die den dritten Konferenztag des „Weltfriedensrates“ in Berlin kennzeichnete, durchbrach als einziger prominenter Sprecher der sowjetische Metropolit Nikolai mit blutdürstigen Schüderungen angeblicher amerikanischer „Gruellaten“ in Korea.

Die Frage einer Wiederbewaffnung Westdeutschlands behandelte der erste westdeutsche Redner der Konferenz, Hein Pink, Hamburg. Er forderte die Ausweitung der „Ohne-uns-Bewegung“ zum Widerstand gegen die Remilitarisierung. Die Einformigkeit von sieben weiteren Reden ließ die Zahl der Delegierten auf weniger als 50 zusammenschumpfen.

Grotewohl an Tschuikow

„Die demokratischen Kräfte in der Deutschen Demokratischen Republik sind sich bewußt und werden es nie vergessen, daß die Erfolge in unserer friedlichen Aufbauarbeit sich gründen auf die heldenhaften Taten der ruhmvollen sowjetischen Armee, die in schwerem und opfervollem Ringen das nazistische Regime in Deutschland vernichtet hat“, heißt es in einem Schreiben Grotewohls an den Vorsitzenden der sowjetischen Kontrollkommission, Armeegeneral Tschuikow, anlässlich des 31. Jahrestages der Sowjetarmee. „Alle fortschrittlichen Kräfte unseres Landes wissen auch, daß der für unseren demokratischen Aufbau unerläßliche Frieden nur durch die unantastbare Stärke der Sowjetunion, der führenden Friedensmacht, gewährleistet ist.“

Geführt von Präsident Wilhelm Pieck erschienen zahlreiche Delegationen der Ostzonenregierung am sowjetischen Ehrenmal in Treptow und legten aus Anlaß des 31. Jahrestages der Gründung der Sowjetarmee Kränze nieder. Das Zentralkomitee der SED erschien mit Walter Ulbricht an der Spitze, die Regierungsdelegation wurde von Grotewohl angeführt. Die diplomatischen Missionen legten ebenfalls Kränze nieder.

Ein Aufruf an die „Arbeiter und Arbeiterinnen Europas“ zur Einberufung einer europäischen Arbeiterkonferenz gegen die angebliche Remilitarisierung Deutschlands wurde in einer Pressekonferenz im Ostberliner Glühlampenwerk bekanntgegeben. Die Arbeiterkonferenz soll vom 23. bis 25. März in Ostberlin stattfinden.

Prinzregent Baudouin reist nach Stockholm. Der belgische Prinzregent Baudouin, Prinzessin Josephine-Charlotte und Prinz Albert werden anlässlich des 90. Geburtstages ihres Großvaters, Prinz Carl von Schweden, in Stockholm erwartet.

Vereinheitlichung der Steuern

Übereinkommen der Ministerpräsidenten — Erste Warenliste für Sonderabgaben

Frankfurt (UP). Eine baldige Vereinheitlichung des Systems der Bundes- und Ländersteuern stellte Bundesfinanzminister Dr. Schäfer in einem Vortrag vor der Frankfurter Industrie- und Handelskammer in Aussicht. Ein entsprechendes Übereinkommen sei in einer Besprechung mit den Ministerpräsidenten der elf Bundesländer erreicht worden. Durch diese Neuregelung werde der Bund einen stärkeren Einfluß auf die Ländersteuern erhalten.

Der Bundesfinanzminister erklärte diese Maßnahme als eine Zusammenfassung der Widerstandskräfte gegen die kommunistische Gefahr. In diesem Sinne seien auch die Besatzungskosten künftig als ein Beitrag der Bundesrepublik zur Verteidigung der westlichen Welt aufzufassen. Wir müßten heute dankbar dafür sein, daß ausländische Mächte ihre Soldaten und Waffen zum Schutz der deutschen Grenzen bereitstellen. Es könne den ausländischen Steuerzahlern nicht zugemutet werden, auch noch die Kosten dafür allein zu tragen. Es müsse allerdings auch künftig gefordert werden, daß die Besatzungskosten nicht zur Sicherung des Wohllebens bestimmter Besatzungsbehörden dienen.

Von der geplanten Sonderabgabe zum Zwangs sparen sollen, wie aus Regierungskreisen verlautet, vor allem Personenkraftwagen, Schreibmaschinen, Fahrräder, Motorräder und Radiogeräte belegt werden. Aber auch Luxusartikeln und aus dem Ausland

eingeführte Fertigkeitkleidung sollen erlastet werden. Wie glaubhaft versichert wird, sollen jedoch Lastkraftwagen nicht auf dieser Liste stehen.

Die Sonderabgabe soll zwischen zehn und dreißig Prozent des Verkaufspreises liegen. Die Höhe der Zuschläge für die einzelnen Warengruppen sei noch nicht festgelegt, hierüber werde in der kommenden Woche endgültig verhandelt.

Streikhilfe der Arbeitgeber

Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände hat auf einer Vorstandssitzung in Wiesbaden beschlossen, die chemische Industrie und jede andere Industrie, die „unter Verletzung der demokratischen Verfassung bestreikt wird“, finanziell zu unterstützen. Zur Begründung dieses Schrittes wird angeführt, daß jeder Versuch, die gesetzgebenden Instanzen unter dem politischen Druck einer Streikdrohung zu gesetzgebenden Maßnahmen zu zwingen, gegen die demokratische Rechtsordnung und die Verfassung verstoße.

Frankfurt scheint endgültig im Kampf mit Köln um den Sitz der Bundesstelle für den Warenverkehr gesiegt zu haben. Der Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat hat die Main-Metropole erneut als Standort der Bundesstelle bestätigt. Maßgebliche Abgeordnete des Bundestages haben keine Zweifel, daß der Beschluß des Vermittlungsausschusses auch vom Plenum des Bundestages akzeptiert werden wird.

Ab 1952 Schulbeginn an Ostern

Einheitliche Lehrpläne — Neuregelung der Fächer

Bonn (UP). Die Kultusminister der westdeutschen Länder und Berlins sind auf ihrer Konferenz in Bonn übereingekommen, den Beginn des Schuljahres von 1952 an einheitlich auf Ostern festzusetzen. Lediglich Bayern hat dieser Regelung bisher nicht zugestimmt.

Weiter wurde beschlossen, daß einheitlich im Bundesgebiet der erste Fremdsprachenunterricht im fünften und der zweite im siebenten Schuljahr beginnen soll. Auch in allen Grundschulen soll im fünften Jahr die Möglichkeit der Erlernung einer Fremdsprache geboten werden. In den Schulen der mittleren und größeren Städte sollen neben den Klassen mit der üblichen Fremdsprache Klassen mit einer anderen, sogenannten „grundständigen Fremdsprache“ eingerichtet werden. Für die kleineren Städte ist die Gründung von kostenlosen Förderkursen vorgesehen.

Für die letzten beiden Schuljahre auf der Oberschule ist an die Forderung selbständiger Arbeit der Schüler in nur sechs Grundfächern gedacht. In das Abschlußzeugnis sollen dann aber die Zensuren für die anderen Fächer aus dem Jahr, in dem sie zuletzt gelehrt wurden, übernommen werden.

Die westdeutschen Kultusminister traten ferner für die Schulgeld- und Lernmittelfreiheit in allen Ländern ein.

Frau Kultusminister Christine Teusch, Nordrhein-Westfalen, eröffnete der Presse den Plan, in Bonn eine der Bundeshauptstadt würdige Oberschule zu errichten. Auf dieser Schule sollen Englisch, Französisch, Latein und auch Russisch gelehrt werden.

Zentrale Lenkung des Arbeitsmarktes

Errichtung einer Bundesanstalt geplant

Bonn (UP). Rund 2,5 Milliarden DM wird die geplante Bundesanstalt für Arbeitslosenversicherung jährlich zu verwalten haben, wenn der dem Bundesrat jetzt zugeleitete Gesetzentwurf die Billigung des Parlaments findet. Davon entfallen rund 1,2 bis 1,3 Milliarden an Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und eine Milliarde auf die vom Bund zu tragende Arbeitslosenfürsorge.

Die Anstalt soll Arbeitsvermittlung und Arbeitskräfteausgleich nach einheitlichen Gesichtspunkten regeln und die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufzubringenden Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zusammenfassen. Als Sitz der Bundesanstalt hat die Bundesregierung Koblenz vorgeschlagen. Beworben haben sich außerdem Kiel, Stuttgart und Kassel. Der Aufbau der Bundesanstalt soll ähnlich dem der alten Reichsanstalt vorgenommen werden, deren Vermögen zusammen mit dem aus den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung erworbenen Vermögen ebenfalls übernommen wird. Es handelt sich dabei um einen Betrag von schätzungsweise 700 Millionen DM.

Lebensmittelpreise steigen

Den neuen Gesetzentwurf über das Mitbestimmungsrecht werde die FDP im Bundestag unter allen Umständen ablehnen, versicherte der Vorsitzende des Finanzausschusses des Bundestages, Professor Dr. Hermann Höpker-Aschoff. Sie werde aber versuchen, das Gesetz durch eine Reihe von Abänderungsanträgen zu verbessern. Vor allem wollten die Demokraten dafür sorgen, daß die Aufsichtsräte der Betriebe Betriebsangehörige und nicht betriebsfremde Gewerkschaftsfunktionäre sind.

Der Gesetzentwurf über die Einführung der 30-prozentigen Süßwarensteuer werde in seiner jetzigen Form im Bundesrat wahrscheinlich nicht die Mehrheit finden, sagte Höpker-Aschoff voraus. Bei dem vom Bundeswirtschaftsminister vorgeschlagenen Rabattmarkensystem müsse der von diesem System betroffene Warenkreis erheblich erweitert werden, da durch die Rabattmarken keine 30-prozentige, sondern nur eine 20–40-prozentige Verteuerung der Waren entstehen dürfe.

Zur Erhöhung der Nahrungsmittelpreise meinte Höpker-Aschoff, der Bundesfinanzminister werde bald nicht mehr in der Lage sein, die Subventionierung von Brot-, Getreide- und Margarinepreisen aufrechterhalten, so daß sich diese Waren demnächst verteuern würden.

Drei Zigaretten für 20 Pfennig

Industrie verhandelt mit Finanzministerium

Bonn (UP). Die drei deutschen Zigarettenverbände haben sich nach Informationen aus dem Bundesfinanzministerium geeinigt, eine 3/4-Pfennig-Zigarette aus reinen Orient- und USA-Tabaken herzustellen und hiermit die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Bundesregierung über die Produktion billiger Zigaretten zu ermöglichen. Ihre kleinste Packung soll drei Stück für 20 Pfennig enthalten. Die kleinste Verkaufsmenge der 7/8-Pfennig-Zigarette sollen sieben Stück für 50 Pfennig sein.

Ferner ist eine Einigung zwischen den Zigaretten- und Rauchtubakerstellern zustande gekommen. Die gesamte tabakverarbeitende Industrie plant nunmehr eine erneute Einigung mit dem Bundesfinanzministerium, um die Anfang Februar unterbrochenen Gespräche wieder aufzunehmen.

„Aufrüstung erhöht Kriegsgefahr“

Niemöller erwartet Gegenmaßnahmen

London (UP). Die Wiederaufrüstung Westdeutschlands wird nicht die Sicherheit, sondern die Gefahr des Krieges erhöhen, erklärte Pastor Niemöller, als er aus New York kommend, auf dem Flugplatz von London eintraf. „Ich bin eingeladen worden“, so sagte er „über eine Wiederaufrüstung Westdeutschlands als Beitrag zu einer europäischen Verteidigungstreue zu sprechen. Diejenigen, die diese Forderung stellen, hoffen, daß dadurch das Gleichgewicht der Kräfte zu Gunsten der westlichen Welt verändert wird. Das dürfte aber eine Selbsttäuschung sein, da die Ostmächte nicht zögern werden, den gleichen Schritt in Ostdeutschland zu unternehmen. Die Wiederaufrüstung trägt nicht zur Sicherheit bei, sondern erhöht die Kriegsgefahr. Es ist eine schlechte Politik, Granaten und Zündschüre am gleichen Ort aufzustapeln. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung Westdeutschlands ist gegen eine Wiederaufrüstung.“

Niemöller sprach schließlich die Überzeugung aus, daß die Sowjetunion unter den gegenwärtigen Umständen keinen Krieg beginnen werde, da durch einen Angriff auf den Westen 65 Millionen Deutsche hinter ihren Linien stehen würden, die weder kommunistisch noch antikommunistisch seien. „Durch einen Krieg würde ganz Deutschland zum Feinde des Kreml werden.“

Die Zeche der Liberalisierung

Ein amerikanischer Sachverständiger hat dieser Tage festgestellt, die Bundesrepublik als forscher Schrittmacher der Liberalisierung sei nun in die Lage versetzt, „die Zeche bezahlen zu müssen“. Diese Feststellung trifft den Nagel auf den Kopf. Allerdings könnten wir Deutschen uns schmolend auf den Standpunkt jenes kleinen Jungen stellen, der trotzig erklärte: „Es geschieht meinem Vater gerade recht, wenn ich mir die Hände erfriere! Warum kauft er mir keine Handschuhe?“ Denn die Amerikaner in erster Linie sind es ja gewesen, die als Teil der uns nach 1945 verordneten Heilslehre für die Liberalisierung in weitestem Umfang und in allen Lebensbereichen missioniert haben. Wenn ihnen zum Beispiel Sir Stafford Cripps auf diesem Wege nicht gefolgt ist, so haben die Briten heute insofern den Vorteil davon, als sie an Hand eines vollen Devisentopfes politisch manövrierfähig geblieben sind.

Wenn weiter die USA selbst in ihrer Wirtschaftspolitik bereits lange vor Korea zu schwenken begonnen haben, wenn uns schon im letzten Präsidentenwahlkampf die „Stimme Amerikas“ in jeder Sendung versicherte, die USA hätten längst das Idol der „freien Wirtschaft“ vom Hausaltar geräumt, so haben wir uns eben den Vorwurf zu machen, daß wir nicht begriffen haben. Dafür bezahlen wir jetzt allerdings die Zeche und werden dazu noch neben dem milden Tadel unserer Präzeptoren auch die massiven Proteste derjenigen unserer europäischen Handelspartner einzustechen haben, welche uns mit „Hannemann, geh' Du voran!“ in der Liberalisierung hübsch vorleiten ließen und die nun böse sein werden, wenn das etwas einseitige Geschäft zu Ende ist.

Politik des „Do ut des“

Wir werden in unserer Außenhandelspolitik in Zukunft einen altbewährten, fast hausbackenen Standpunkt einnehmen müssen, den uns die alten Römer in der klassischen Regel „Do ut des“ hinterlassen haben. Das heißt auf gut Deutsch etwa: Ich gebe dir etwas, damit du mir Zug um Zug etwas dagegen gibst. Das ist übrigens genau auch die goldene Regel der amerikanischen Handelspolitik in langen Jahren gewesen: der Grundsatz der Reziprozität oder Gegenseitigkeit. Wir werden da also keine schlechten Vorbilder haben. Es wird bei uns in Zukunft nicht mehr heißen dürfen: Immer erst hübsch herein auf den deutschen Markt mit allem, was irgendwo in der Welt überflüssig ist. Über's Bezahlen reden wir später! Vielmehr: Wenn uns zum Beispiel ein Bananenexportland für 10 Millionen Dollars Bananen anbietet, so werden wir zu prüfen haben, ob unser Obst- und Früchtemarkt wirklichen Bedarf danach hat und ferner, ob dieses Bananenland uns Zug um Zug die Bezahlung der Bananen mit deutscher Exportfertigung, mindestens im Verhältnis 1:1, ermöglicht.

Dieses Prinzip des vertraglichen Aushandels von Warengruppen nach Menge, Preis und Zeit wird unsere Außenhandelspolitik kennzeichnen müssen. Daß die Effektivierung solcher staatlichen Rahmenverträge dann durch die private Wirtschaft erfolgt, ist selbstverständlich. Eine solche Ordnung des Außenhandels nach volkswirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen wird natürlich ihre starken Wellen auch in unseren Binnenmarkt und seine Verfassung werfen. Von dieser Erkenntnis zeugen zum Beispiel die Feststellungen des Bundeskanzlers im Rhöndorfer Agrarprogramm. Dieses geht klar von dem Grundsatz aus, daß die Verbesserung unserer Devisenbilanz auch und in erster Linie durch eine Steigerung unserer Binnenerzeugung und damit Einsparung entbehrlicher Importe angestrebt werden soll. Es gibt auch hier der hausväterlichen Regel Raum, daß man sicher hat, was man im Hause hat. Mit Autarkie hat das nichts zu tun.

Plan zu einem „Neuen Plan“?

Wir haben uns in der Weltwirtschaftskrise ausgangs der zwanziger Jahre schon einmal auf die rettende Insel eines „Neuen Planes“ geflüchtet. Wenn jetzt von den Wirtschaftssachverständigen der Bonner Koalition gemeinsam mit den Fachministern des Bundeskabinetts ein Programm zur Meisterung der kritischen Wirtschaftslage ausgearbeitet wurde, so wird man in diesem „Programm von Niederpreis“ vielleicht das erste Ergebnis eines wirtschaftlichen „Gehirnstrusts“ sehen dürfen, dessen Arbeit künftig eine Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Kräfte sichern soll. Arbeitsfähig und erfolgreich wird ein solcher Stab aber nur arbeiten können, wenn ihn der Bundeskanzler selbst mit Autorität und Exekutivgewalt gegenüber den Ressorts und den Ländern ausstättet. Man braucht nicht eines unbekümmerten Optimismus teilhaftig zu

sein, wenn man angesichts der wirtschaftlichen Leistungen unserer Unternehmer- und Arbeiterschaft in den vergangenen Jahren die Meinung vertritt, daß wir auch über die kritischen Lagen der nächsten Monate hinwegkommen werden. Notwendig hierzu ist nur eine wirtschaftliche Führung mit Autorität und ohne Dogma, sowie die Bereitschaft jedes einzelnen, auch als Verbraucher sich die sozial notwendigen Zügel selbst anzulegen. Sonst werden sie uns allen angelegt werden!

Dr. H.

„Sehr freundliche Atmosphäre“
Die drei Hohen Kommissare bei Tschuikow
Berlin (UP). Die drei Hohen Kommissare John McCloy, Sir Ivone Kirkpatrick und André François-Poncet waren am Freitagabend im „Haus der Sowjetkultur“ in Berlin Gäste eines Empfanges, den General Tschuikow aus Anlaß des 33. Jahrestages der Sowjetarmee gab. Wie einer der Gäste sagte, soll der Empfang in einer „sehr freundlichen Atmosphäre“ verlaufen sein.

Das 50. illegale Waffentagert inmitten eines Monats beschlagnahmte die italienische Polizei in der Caproni-Flugzeugfabrik in Mailand.

Hjalmar Schacht ist in Paris, teils das deutsche Generalkonsulat mit. Er will sich mehrere Tage in der französischen Hauptstadt aufhalten, bevor er nach Brasilien und Chile weiterreist.

Deutsches Konsulat in Indonesien. Der indonesische Informationsminister gab bekannt, daß die Bundesrepublik in absehbarer Zeit ein Konsulat in Jakarta eröffnen werde.

Pleven stellt Vertrauensfrage

Parlament muß Wahlreform entscheiden

Paris (UP). Der französische Ministerpräsident, René Pleven, stellte am Freitagabend in der französischen Nationalversammlung im Zusammenhang mit der Abstimmung über den Wahlrechtsreformentwurf die Vertrauensfrage. Die Nationalversammlung hat insgesamt schon sieben Entwürfe für einen neuen Wahlmodus abgelehnt. Nun muß sie aber doch am Dienstag über die Forderung der Regierung, statt der Verhältnis- die Mehrheitswahl einzuführen, abstimmen.

Der allgemeine Wahlrechtsausschuß hatte bereits den Entwurf der Regierung einem Ausschuß überwiesen. Pleven entschied sich jedoch dafür, den Bestand seiner Regierung nicht dadurch aufs Spiel zu setzen, daß er die Vorlage durchpeitschte, sondern verband die Vertrauensfrage nur mit der Forderung, daß die Nationalversammlung die Debatte über die Wahlreform überhaupt aufnimmt. Diese Abstimmung wird von der Regierung vermutlich gewonnen werden.

Doch eine Niederlage Attlees
Aber nur wegen Omnibusverkehr — Konservative rufen: Zurücktreten!

London (UP). Die britische Labourregierung mußte am Freitag im Unterhaus eine überraschende Abstimmungs-niederlage hinnehmen, als das Haus gegen den Protest der Regierung in erster Lesung eine Gesetzesvorlage annahm, die ein konservativer Abgeordneter eingebracht hatte. Als das Ergebnis der Abstimmung bekanntgegeben wurde, brachen die Konservativen in lauten Beifall aus. Einzelne Abgeordnete riefen: Zurücktreten! Zurücktreten!

Die Vorlage, die mit 242 gegen 234 Stimmen gebilligt wurde, betrifft eine Abänderung des Gesetzes über die Verstaatlichung des Straßenverkehrs. Der Abänderungsantrag verlangt eine Erweiterung des Gebietes, innerhalb dessen ein privater Verkehrs-

Scheitert der Schumanplan?

Paris besteht auf Dekartellisierung — Pievenplan in Ausschlüssen

Paris (UP). Während über den Inhalt der Pievenplankonferenz im Augenblick nur wenig zu erfahren ist, da die Verhandlungen möglichst geheim gehalten werden, diskutiert man in Paris umso lebhafter die ernstesten Schwierigkeiten des Schumanplanes. Pessimisten kündigen sogar bereits dessen Scheitern an.

Der Verfahrensausschuß der Pariser Pievenplankonferenz zur Aufstellung einer europäischen Armee trat am Freitag im französischen Außenministerium zusammen, um die Tagesordnungen für den politischen und den militärischen Ausschuß vorzubereiten, die nächste Woche mit der Arbeit beginnen werden. Im Ausschuß waren Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien und Luxemburg vertreten.

US-Luftzentrale in Paris
General Dwight D. Eisenhower hatte eine Zusammenkunft mit dem französischen Verteidigungsminister Jules Moch und dem britischen Luftmarschall Sir John Slessor. Während Frankreich bekanntlich den Hauptteil der Längststrecken- oder Europa-Armee stellen soll, werden Großbritannien und die USA die meisten Bomber- und Jagdgeschwader stellen.

Weitere Pläne zur Koordinierung der westlichen Luftstrategie wurden durch eine Mitteilung von Eisenhowers Hauptquartier bekanntgegeben, in der verlautete, daß die Verlegung des europäischen Hauptquartiers der amerikanischen Luftstreitkräfte von Wiesbaden nach Paris besprochen worden sei.

Frankreich droht mit Abbruch

Bei den Besprechungen um den Schumanplan sind in letzter Minute neue Schwierigkeiten aufgetreten, die unter Umständen zu einem völligen Zusammenbruch der Verhandlungen führen können. In Paris ist man jedenfalls recht unangenehm berührt durch das Bestreben der Bundesrepublik, an der deutschen Kohlenverkaufs-Organisation festzuhalten. Der deutsche Standpunkt — so wird behauptet — lasse sich nicht mit einem der Hauptziele des Schumanplanes, der auch von der US-Regierung geteilt wurde, nämlich der Auflösung aller bestehenden „Trusts“ oder „Kartelle“, vereinbaren. Sollte sich daher die Bundesrepublik nicht zu einer Änderung ihrer Haltung entschließen, so bestehe die Möglichkeit, daß Frankreich folgende zwei Wege einschlägt.

Einmal könne Frankreich der Bundesrepublik mitteilen, daß es die Besprechungen um den Schumanplan als beendet betrachte, oder aber, Frankreich werde die drei Hohen Kommissare ersuchen, energischer als bisher auf der Dezentralisierung der deutschen Stahlindustrie zu bestehen. Mitglieder der französischen Delegation erklärten in privaten Gesprächen, man habe der Bundesrepublik

bereits in einigen Fragen „größere Konzessionen“ gemacht, sei aber nicht bereit, der von deutscher Seite angestrebten Beibehaltung einer zentralen Stelle für den Kohlenverkauf zuzustimmen. Im Falle der Beibehaltung der deutschen Kohlenverkaufsorganisation (DKV) könne die Bundesrepublik mit „Leichtigkeit“ die gesamte europäische Stahlproduktion kontrollieren, indem sie einfach die von den Stahlindustrien anderer Länder benötigten Kohlen zurückhält.

Englische Hintergedanken

In diesem Zusammenhang ist die Haltung der britischen Labourregierung nicht uninteressant, von der man sagt, daß sie in gewisser Beziehung den deutschen Wunsch nach Beibehaltung einer zentralen Kohlenverkaufsstelle unterstütze. Obwohl Großbritannien als der einzige größere europäische Kohlen- und Stahl-Produzent nicht direkt an den Schumanplanbetrachtungen beteiligt ist, so soll die britische Regierung ihre Ansicht zu dem Plan doch in Privatgesprächen den führenden europäischen Staatsmännern dargelegt haben. Dabei steht offenbar der Gedanke im Hintergrund, die Bundesrepublik werde ihre Kohlen- und Stahl-Industrie ebenso verstaatlichen, wie es England getan hat. Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues werde sich jedoch leichter durchführen lassen, wenn die gesamte Kohlenindustrie zentral von einer Stelle gelenkt werde, als wenn sie in Erzeugergruppen und Absatzmärkte aufgeteilt sei.

Die Front der Chinesen aufgerissen

UN-Truppen stehen vor Hongsong — Pyongchang gefallen

Tokio (UP). Die kommunistische Verteidigung der im Mittelabschnitt der Koreafront liegenden Stadt Hongsong brach unter den massiven Frontalangriffen der UN-Truppen zusammen. Trotzdem haben sich die vor der Stadt stehenden UN-Truppen noch einmal außerhalb des Stadtgebietes für die Nacht eingegraben, weil die Erfahrung in Korea gelehrt hat, daß die Einnahme einer Stadt bei Dunkelheit oft zu einer gefährlichen Falle werden kann.

In einem unaufhörlichen Strom ziehen etwa 10 000 Mann chinesischer Truppen aus der brennenden Stadt nach Norden ab. Alliierte Kampfflugzeuge greifen die Kolonnen fortgesetzt mit Bomben und Bordwaffen an und fügen ihnen schwere Verluste zu.

Der Zusammenbruch der von den Chinesen im Mittelabschnitt aufgebauten Verteidigungsfront wird auf den Fall der Stadt Pyongchang zurückgeführt, die als der östlichste Eckpfeiler ihrer Verteidigungsfront angesehen wurde. Nach dem Fall der Stadt sind die westlichen Stellungen der Kommunisten von Umfassungsoperationen der UN-Truppen bedroht, denen sie sich durch schnelles Absetzen nach Norden zu entziehen versuchen.

Nach dem Fall Pyongchangs rollte der UN-Angriff noch acht Kilometer weiter, ehe die Kommunisten sich bei einer idealen Pufferverteidigungsstellung wieder zum Kampf stellten. An dieser Stelle unmittelbar südlich des Straßenknotenpunktes Paungum entwickelten sich am Freitag nachmittag heftige Kämpfe. Zwischen Hongsong und Pyongchang rücken die UN-Truppen gleichmäßig weiter nach Norden vor.

An der Westfront kam es am Freitag zu einem heftigen Artillerieduell zwischen kommunistischen und alliierten Batterien. Unter dem Schutz ihrer schweren Waffen unternahmen die Kommunisten zwei starke Aufklärungsvorstöße über den Han-Fluß, doch konnten beide wieder zurückgedrängt werden.

US-Admiral bei Tschiang
„Irgendwo im Süden der Insel Formosa“ wurde Vizeadmiral Arthur Struble, der Kommandeur der vor Formosa liegenden 7. amerikanischen Flotte, von Generalissimo Tschiangkai-schek empfangen. Wie verlautet, wurde hierbei der Schutz der Insel gegen etwaige

Angriffe der Kommunisten besprochen, vier rochinesische Flugzeuge überflogen am Donnerstag die Nordspitze Formosas. Man nimmt an, daß sie die Verhältnisse in den dortigen Häfen erkunden wollten.

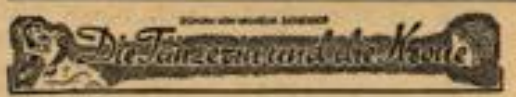
Der oberste Staatsrat in Peking hat nach einer Meldung der kommunistischen Nachrichtenagentur „Neues China“ einen Gesetzentwurf gebilligt, wonach für Verbrechen gegen den Staat und für „imperialistischen Hochverrat“ die Todesstrafe eingeführt werden soll. Die Agentur verweist in diesem Zusammenhang auf einen kürzlichen Bericht des stellvertretenden Vorsitzenden des politischen und gesetzgebenden Ausschusses des Staatsrates über das Anwachsen der Tätigkeit von „abtrünnigen Elementen, die durch Sabotage, Mord, Brandstiftung und andere Mittel die öffentliche Sicherheit bedrohen“.

Stalin will nur verteidigen

Tagesbefehle an die Rote Armee

Moskau (UP). In einem Tagesbefehl an die sowjetischen Streitkräfte aus Anlaß des 33. Jahrestages ihres Bestehens, fordern der Kriegs- und der Marineminister die Soldaten der Sowjetunion auf, „fortwährend in einem Zustand der Kampfbereitschaft zu sein“. Das Organ der Kommunistischen Partei, die „Pravda“ zitiert in ihrem Leitartikel zum Jahrestag der Roten Armee Stalin, der gesagt habe, die Rote Armee sei nicht geschaffen worden, um fremde Länder zu erobern, sondern zur Verteidigung des eigenen Landes. Wörtlich soll Stalin sogar einmal gesagt haben: „Die Rote Armee hat immer die Rechte und die Unabhängigkeit aller Staaten respektiert.“

Der erste stellvertretende Kriegsminister Marschall Wassilij Sokolowski schreibt in dem Regierungsblatt „Iswestija“, die Vereinigten Staaten und Großbritannien seien im zweiten Weltkrieg ihren sowjetischen Alliierten gegenüber untreu gewesen. „Die Anglo-Amerikaner“, schreibt er, „verfolgten das Ziel, Deutschland und Japan sowie die Sowjetunion zu schwächen, damit sie dann die Welt Herrschaft antreten konnten. Sie ärgerten die Errichtung einer zweiten Front so lange hinaus, bis es ihnen klar wurde, daß die Sowjetunion allein Deutschland zerschmettern würde.“



(Urheberrechtsschutz Hermann Berger, Wiesbaden)

17. Fortsetzung Nachdruck verboten.

Der Hajunke hatte die Figur vorher selbst eingebuddelt. Aber Jul schüttelte den Kopf, man könne ihm nichts vormachen, er beschäftige sich seit Jahren mit griechischer Keramik. Plötzlich fiel mir wieder La Paz ein und ich fragte ihn, warum er eigentlich dort wohne. Er kam dann mit einer ganz merkwürdigen Sache heraus. La Paz liege bekanntlich hoch oben in den Cordilleren, in fast viertausend Meter Seehöhe. Man hole sich dort sehr leicht eine Lungenentzündung, die immer schwierig verlaufe, der seltsamen Luftverhältnisse wegen. Man könne sich nur retten, wenn man rasch die Küste erreiche. Doch erreiche man die Küste nicht, sie liege tagelang von La Paz entfernt. Er gebe sich die größte Mühe mit der Lungenentzündung, aber es gelinge ihm einfach nicht, er bleibe gesund. — Ich sah ihn starr an. Und langsam begriff ich: es war eine ganz besondere Art von Humor.

„Er wollte sich nicht ausfragen lassen“, warf Bert ein. „Weißt du noch mehr über ihn?“

„Nicht viel. Ich sah ihn nicht mehr, er war abgereist. Aber dann traf ich einmal einen Schweden im Klub und der kannte ihn. Er erzählte allerlei Ungünstiges über Jul. Der Mann sei nichts anderes als ein Abenteuerer, er habe zahllose Affären hinter sich und man müsse sich vor ihm in acht nehmen.“

„Und das mit der Krone — traust du es ihm zu?“ — fragte Bert.

Jörn zuckte die Achseln.
Eine halbe Stunde später sagte Nell: „Jörn, ich möchte mit dir tanzen.“
Sie tanzten nach einigen Platten. Nell forderte auch Bert auf: „Jetzt kommen Sie an die Reihe.“

Es war ein Tango und sie lobte Bert: „Sie haben gute Anlagen, es liegt im Blut, aber Sie müssen mehr trainieren.“

Um elf Uhr brach sie mit Jörn auf. Körding und Bert begleiteten die beiden hinaus.

Es war eine kühle, klare Sternennacht. Draußen standen die beiden Wagen: Nells kleines, cremefarbenes Kabriolett und Jörns alter grüner Ford.

Nell setzte sich in ihren hübschen Wagen. Körding trat zu ihr an den Schlag, sie reichte ihm die Hand: „Gute Nacht, Peter!“

Ihre Stimme war ohne jede Wärme. Bert beobachtete die Szene. Inzwischen war Jörn in seinen Ford gestiegen. Die beiden Wagen, dicht hintereinander liegend, jagten davon.

10.

Als die beiden Freunde wieder im Haus waren, wollte sich Körding gleich von Bert verabschieden. Er sei müde von diesem Tag. Aber Bert schüttelte den Kopf: „Nicht doch, Peter... ich möchte noch mit dir reden.“

Sie setzten sich wieder in die Sessel. Eine Weile saßen sie schweigend nebeneinander. Dann sagte Bert: „Ich möchte etwas mehr über Nell wissen. Woher kennst du sie eigentlich?“

„Ich kannte ihre Tante, bei der sie erzogen wurde. Schon vor acht Jahren kam ich zu den beiden ins Haus. Nell war damals noch ein Kind.“

„Da solltet ihr endlich heiraten.“
Körding saß sehr steif in seinem Sessel. Sein Gesicht war verschlossen, abweisend. „Du kennst sie ja jetzt“, antwortete er. Seine Stimme war hart und trocken. „Sie hat ihren eigenen Kopf. Sie bildet sich ein, sie müsse sich ihre Freiheit noch etwas länger bewahren.“

„Sie schiebt es also hinaus. Ist Jörn schuld daran?“

„Nein.“
Wieder lag das Schweigen zwischen ihnen. Kördings Finger trommelten ungeduldig gegen die Sessellehnen. Bert begann von neuem:

„Sag mal, Peter, wir sind doch alte Freunde. Wir hatten niemals Geheimnisse voreinander. Ich will dir doch helfen. Zwischen dir und Nell ist doch etwas nicht in Ordnung. Du solltest dich aussprechen. Siehst du das nicht ein?“

Auf Kördings Stirn zeigte sich eine Falte.
„Was willst du eigentlich wissen?“
„Wie es zwischen dir und Nell steht.“
„Na ja... nicht so gut wie früher.“

„Ich frage dich nochmals: ist Jörn daran schuld?“

„Ausgeschlossen. Sie spielt nur mit ihm. Natürlich ist es nicht gut für den Jungen. Sie sollte es nicht tun. Leider kann ich es ihr nicht verbieten. Sie hört nicht auf mich.“

„Also kein Störenfried von außen?“
„Bestimmt nicht.“
„Peter, sei doch nicht so entsetzlich hamburgisch! Rede doch schon, löse dich, befreie dich! Sag mir doch, was es ist!“

„Ich weiß es doch selbst nicht.“
„Aber du vermutest etwas.“
„Hm... vielleicht. Es müssen Dinge in ihr vorgehen, die ich nicht begreife. Ich

fühle es nur... so ganz unbestimmt, vielleicht täusche ich mich auch.“

Plötzlich schlug die Erregung durch seine eben noch beherrschte Stimme: „Von außen wird es nicht an sie herangetragen. Es ist in ihr, aus ihr selbst entstanden — eine Phase ihrer Entwicklung. Vielleicht ist ihr etwas klar geworden — und nun kommt sie nicht darüber hinweg...“

„Ich verstehe dich nicht ganz, Peter. Meinst du, es wäre ihr klar geworden, daß sie dich nicht mehr liebt?“

„Nein, so ist es auch wieder nicht. Es ist komplizierter. Auf einen so einfachen Nenner kann man es nicht bringen.“

Bert stopfte seine Pfeife. „Wie war es im Anfang mit euch?“

„Wundervoll, ganz ausgezeichnet! Wir waren die besten Kameraden. Sie fühlte sich bei mir geborgen. Sie stand ganz allein im Leben und sie wußte, daß sie einen Halt brauchte.“

„Sie hatte also die Vorstellung, du könntest ihr die Eltern ersetzen?“

„Etwas mehr war es schon. Gewiß, Leidenschaft konnte man es nicht nennen: es war herzliche Zuneigung, inniges Vertrauen.“

„Hattet ihr damals den Zeitpunkt der Hochzeit nicht festgesetzt?“

„Doch, das hatten wir. Ein Jahr wollten wir warten. Sie bat sich diese Frist aus, sie sei noch so jung. Ich war einverstanden, weil ich davon überzeugt war, daß die Zeit für mich arbeiten würde. Ich glaubte fest daran, sie völlig zu erobern. Aber — ich täuschte mich. Seit ungefähr drei Monaten rückt sie immer weiter von mir ab. Bevor ich nach Spanien fuhr, sprach ich mit ihr über die Hochzeit. Das Jahr war vergangen. Aber sie hatte allerlei Ausflüchte.“ (Fortsetzung folgt)

Umschau in Karlsruhe

Nach Karlsruhe verpflichtet. Staatsintendant Wolff hat den Schauspieler Arthur Hell von der Städtischen Bühne in Ulm, der nach dort vom Wiener Burgtheater kam, als ersten Charakterkomiker und Spielleiter, ferner den ersten Operettentenor Gottfried Lingens von den Städtischen Bühnen in Düsseldorf, in gleicher Eigenschaft an das Badische Staatstheater nach Karlsruhe verpflichtet. Sch.

Im Januar 834 Verkehrsunfälle

Karlsruhe (fwb). Im Landesbezirk Nordbaden ereigneten sich im Januar 1951 834 Verkehrsunfälle, bei denen 16 Personen ums Leben kamen und 471 zum Teil schwer verletzt wurden. Der bei den Unfällen verursachte Sachschaden beträgt 342 372 DM.

Gutachter zum „Fall Kersten“

Karlsruhe (fwb). Nachdem der Direktor des nordbadischen Oberversicherungsamtes in Karlsruhe, Dr. Kersten, von seinem Amt entbunden worden war, wurde auch die Tätigkeit der von Dr. Kersten gegründeten „Arbeitsgemeinschaft der Obergutachter“ eingestellt. Diese Arbeitsgemeinschaft hat nun in einer Denkschrift zu dem „Fall Kersten“ Stellung genommen. Erst durch den Zusammenschluß der vom Oberversicherungsamt bestellten Obergutachter zu einer Arbeitsgemeinschaft sei es möglich gewesen, Einrichtungen zu schaffen, die alle Ansprüche eines modernen klinischen Untersuchungsganges erfüllt hätten. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft hätten nur den kleineren Teil der anfallenden Honorare für sich selbst verwendet, während der wesentlich höhere Betrag in eine gemeinsame Kasse geflossen sei. Aus dieser Kasse habe man die Mittel für die Miete der Räume, die Untersuchungseinrichtungen und für das Personal aufgebracht. In der Denkschrift wurde abschließend darauf hingewiesen, daß durch die plötzliche Ausschaltung der Arbeitsgemeinschaft vor allem die Körperbeschädigten benachteiligt worden seien.

Vier Jahre Gefängnis für Frauenarzt

Karlsruhe (fwb). Wegen Fremdbetriebung in 108 Fällen und versuchter Abtreibung in 68 Fällen wurde der 63jährige Karlsruher Frauenarzt Dr. Erb von der Großen Strafkammer des Landesgerichts Karlsruhe zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Wegen seines Gesundheitszustandes ist ihm der § 51 Abs. 2 zugebilligt worden, der eine mildere Beurteilung zuläßt. Der zu Rate gezogene Psychiater hatte den Angeklagten als eine Natur bezeichnet, die sich als „Vorkämpfer gegen den Paragraphen 218“ fühle. Daß er die Abtreibungen nicht gewerbmäßig vorgenommen haben wolle, wurde vom Gericht nicht anerkannt.

Von kaufmännischen Dingen keine Ahnung

Karlsruhe (fm). Hoch hinaus wollte der 21-jährige Lothar F. aus Karlsruhe. 18-jährig heiratete er seine ältere Frau. Um ihr zu imponieren, hängte er seinen Friseurberuf an den Nagel und etablierte sich als selbständiger Kaufmann mit einem Textilversandgeschäft in Karlsruhe. Er brachte es mangels Erfahrung und Buchführung bald auf 5000 DM Schulden. Der Weg der Pleite ging über geplante Wechsel, fruchtlose Pfändungen und den Offenbarungseid bis zum Zusammenbruch 1950, der ihn nicht vom Kauf eines Autos abhielt. Scheckbetrügereien brachten ihm 4 Monate Gefängnis ein. Seine Betrugsmanipulationen, durch die er sich Textilwaren und Radios im Wert von rund 8000 DM verschaffte, beschäftigten das Schöffengericht. In der Hoffnung auf Zahlung in 10 Tagen überließ ihm u. a. eine Firma in Ettlingen für über 3000 DM Mäntel, die er versilberte. Von seinen krummen Geschäften erholte er sich mit seiner Familie in einer Pension in Bad Rippoldsau im Schwarzwald, wo er eine Schuld von 260 DM zurückließ.

Nachdem er in Karlsruhe den Kredit verloren hatte, suchte er über die Frankfurter Messe auswärtige Firmen heim, die ihm auf seine Zahlungsverprechen Textilwaren auf Kredit überließen, die er zu Geld machte. Den Erlös verwendete er für eigene Zwecke und die Begleichung älterer Schulden. Von kaufmännischen Dingen hatte er keine blasse Ahnung und man muß sich wundern, daß ihm seriöse Firmen, ohne Sicherheit oder eine Auskauf einzuholen, für Tausende von DM Waren in die Hand drückten — offenbar wollten sie um jeden Preis verdienen; sie haben es dem schwindelhaften Auchkaufmann mit den großen Rosinen jedenfalls leicht gemacht.

Unter Einrechnung seiner letzten Strafe von 4 Monaten sprach das Schöffengericht 14 Monate Gefängnis und 200 DM Geldstrafe aus; gleichzeitig wurde ihm für 5 Jahre untersagt, sich als selbständiger Kaufmann zu betätigen.

Aus der badischen Heimat

Weinheimer Frauenvernehmungen

Mannheim (fwb). Die „Gesellschaft zur Wahrung der Grundrechte“ Mannheim-Heidelberg hat den württemberg-badischen Landtag gebeten, die Massenvernehmungen von Frauen in Weinheim zu untersuchen. Wenn die bisher bekanntgewordenen Veröffentlichungen über diese Vernehmungen der Wahrheit entsprechen, so seien die „Rechtssphäre des einzelnen“ und die Menschenwürde verletzt worden. Die Gesellschaft will die Vorfälle selbst untersuchen und dann erneut Stellung nehmen.

Der Oberbürgermeister von Weinheim, Engelbrecht, hat den Oberstaatsanwalt v. Mühlensfels, Mannheim, öffentlich eine Reihe von Fragen gestellt. Von Mühlensfels teilte dem Oberbürgermeister daraufhin mit, daß seine Fragen vom Vizegeneralsstaatsanwalt in Karlsruhe beantwortet werden.

Weg der kommunalen Zusammenarbeit

Mannheim (fwb). Der kommunale Zweckverband „Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Nekar“ hat sich vor allem die Lösung aller ge-

meinsamen Probleme auf dem Gebiet des Verkehrs, der Versorgung mit Gas, Wasser und Strom, der Raumplanung, der Industrieansiedlung und des Wohnungsbaus, des Anstaltswesens, des Feuerschutzes und des kulturellen Lebens zum Ziel gesetzt. Außerdem beabsichtigt die Arbeitsgemeinschaft auch zu Problemen, die das gemeinschaftliche Interesse der Gesellschafter betreffen, öffentlich Stellung zu nehmen. Die Frage der Ländergrenzenregelung soll allerdings in der Verwirklichung, der ja Gemeinden und Kreise aus drei Ländern angehören, nicht angeschnitten werden. Zum jährlichen Haushalt von 80 000 DM müßte Mannheim zum Beispiel jährlich 23 360 DM, Ludwigshafen 11 200 DM beisteuern. Sitz der Gesellschaft wird Mannheim sein. Ein hauptamtlicher Geschäftsführer soll angestellt werden. Rund eine Million Menschen wohnen in dem Gebiet der Arbeitsgemeinschaft. Weitere Interessenten, wie Speyer, Worms, Bad Dürkheim und Lampertheim, dürften sich wahrscheinlich interessieren, wenn die ersten sichtbaren Ergebnisse des Zusammenschlusses aufzuweisen sind.

Neue „Invasion auf Helgoland“ geplant

Heidelberg (fwb). Eine Gruppe Heidelberger Studenten beabsichtigt, unter der Leitung von Prinz zu Löwenstein die Insel Helgoland zum zweiten Mal friedlich zu besetzen, falls die zur Zeit schwebenden Verhandlungen über die Zukunft der Insel abgebrochen werden sollten. Wie vom Sekretariat der „Deutschen Aktion“ mitgeteilt wird, sind die Vorbereitungen für die zweite „Invasion“ mit Unterstützung Heidelberger Geschäftskreise beendet worden.

Vom Blitz erschlagen

Offenburg (fwb). In Zosenhofen (Bentzel) bei Offenburg wurde ein 16jähriger Junge vom Blitz getroffen. Er war sofort tot. Der Junge hatte seinen Eltern bei der Feldarbeit geholfen und wollte gerade den Heimweg antreten. Vor Jahren wurde fast an der gleichen Stelle ein Bahnarbeiter vom Blitz erschlagen. Entlang dem mittleren Oberbeimgebiet zog am gleichen Tage ein schweres Unwetter, das sich mit besonderer Wucht hauptsächlich

über dem Karlsruher Bezirk entlod. In den wolkenbruchartigen Regen mischten sich fast taubeneisgroße Hagelschläge, die verschiedentlich in Gärtnerei- und Treibhausanlagen Glasscheiben zertrümmerten und an den Kulturen erhebliche Schäden anrichteten. Mit Blitz und Donner hielt so der Frühling seinen Einzug.

Wasser für 200 000 Einwohner

Freiburg (fwb). Gemahnt durch die Beispiele von Basel oder Stuttgart, die sich bereits mit Plänen einer Wassereinnahme aus dem Rhein und dem Zürcher See bzw. aus der Donau befassen, hat die Stadtverwaltung von Freiburg im Einvernehmen mit der staatlichen Wasserwirtschaftsverwaltung beschlossen, im Zuge des Wiederaufbaus der zu 45 Prozent zerstört gewesenen Stadt einen Rahmenplan für die Ordnung und Weiterentwicklung der gesamten Wasserwirtschaft in der Freiburger Bucht ausarbeiten zu lassen. Mit der Bearbeitung des Planes ist Dr. Ing. habil. Carl aus Karlsruhe beauftragt worden. Das Wasserversorgungsnetz der Stadt soll so ausgebaut und erweitert werden, daß sein Leistungsvermögen einer täglichen Wassereinnahme von 80 000 cbm gerecht werden kann, was dem Verbrauch einer Bevölkerungszahl von 200 000 entspricht. Die hierzu notwendigen neuen Wassergewinnungsanlagen können entweder im Schwarzwald durch Ausbau einer Talsperre oder im Rheintal durch Errichtung eines Grundwasserwerkes geschaffen werden. Welche Lösung auch finanziell die günstigere ist, sollen die jetzt beginnenden Untersuchungen zeigen.

Höchstpreise und Preiskontrolle

Lörrach (fwb). Höchstpreise und staatliche Preiskontrolle fordert der Stadtrat von Lörrach in einer an die badische Landesregierung und die zuständigen Bundesministerien gerichteten Entschliebung. Die Verteuerung der Lebenshaltungskosten habe für die breite Masse der Bevölkerung unerträgliche Formen angenommen. Ein Eingreifen der Regierungen gegen die eigenartigen Bestrebungen einiger Wirtschaftskreise sei unbedingt erforderlich.

Karlsruher Bahnhof wird instandgesetzt

Vier Felder der großen Bahnsteighalle in Arbeit. — Auch im Hauptgebäude gibt es Veränderungen

Der Karlsruher Hauptbahnhof ist das Tor zur Stadt. Dies drückt sich schon sehr deutlich in der Gestaltung des Bahnsteigplatzes aus, der seinen Abschluß durch die Bauten um den Stadtgarten erhielt. Die Gerade, die das Halbrund abschließt, ist das immer noch eindrucksvolle Bahnsteiggebäude, dessen Gestaltung Prof. Stürzenacker von der VTH Karlsruhe vor 40 Jahren entscheidend beeinflusste.

Wiederherstellung billiger als Neubau

Diese einmal gewonnene architektonische Linie verfolgte man auch im Innern der Bahnstation. Ja, sie setzte sich fort bis zur Gestaltung der mächtigen Stahlkonstruktion der Bahnsteighalle, die — erbaut von der Firma MAN — eine Länge von 180, eine Breite von 107 Metern aufweist. Man mag auch heute nicht unbefriedigt gewesen sein von der Beibehaltung der Harmonie des Ganzen größten Wert. Allerdings ergaben auch die Berechnungen, daß die Erstellung einer modernen, flachen Halle (vgl. Stuttgart) eben auf rund zwei Millionen sich belief, die Wiederherstellung der anderen aber um ungefähr 500 000 DM billiger zu stehen komme.

Bauabschnitt von 48 m Breite

So machte man sich denn an die Verbesserung der alten im Jahre 1933 erbauten Halle. Ein zunächst angefertigter Kostenvoranschlag befriedigte nicht und man ließ von Stahlbau-Experten genaue Unterlagen ausarbeiten. In Angriff genommen wurden die ersten vier Felder der insgesamt fünf Schiffe, das ist ein Viertel der Gesamtlänge. Jedes Schiff ist 12 Meter breit. Künftig sind also die Aufgänge von den Unterführungen vor den Unbildern der Witterung geschützt und trocken. Für die Reisenden selbst bedeutet das viel: Das Dach wird mit Drahtglas und besonderen Asbestplatten geschlossen.

Rund 120 000 Tonnen Stahl

Bereits Ende Januar wurde mit den Arbeiten begonnen und heute herrscht ein reges Leben am westlichen Ende der großen Stahlkonstruktion. Rund 100 000 Tonnen Stahl werden für neue Teile und 10 bis 20 Tonnen für Reparaturzwecke verwendet. Zwischen Gleis 2 und 3 wird ein neues Stück eingefügt. Eine Schmiede und eine Schlosserwerkstätte und Kompressoren u. a. m. arbeiten auf Hochtouren. Vier zerstörte Trägerfundamente müssen neu aufbetoniert werden. Zu diesem Zwecke wurden die Arbeitsstellen mit Holzträgern abgeschirmt bzw. die Träger gestützt.

Die Halle war gut berechnet

Zum Teil haben die Bombensplitter große Löcher in die Stahlplatten geschlagen. Diese werden mit Schneidbrennern sauber ausgebrannt und mit entsprechend zugeschnittenen Eisenscheiben zugeschweißt. Das zähe und biegsame Material leistete jedoch größten Widerstand gegen die Gewalt der Explosionen und die nachfolgenden Einflüsse der Witterung. Stellen, die eine Verletzung tragender Teile aufweisen, werden mit Gurtplatten — oft mehreren übereinander — oder kräftigen Winkelstücken verstärkt. Dort glühen die kleinen Feuerstellen der Schmiede und donnern die Niethämmer, die die glühenden Eisennieten aufdrücken. Ganz oben in 14 Meter Höhe arbeitet ein Schweißer, der mit seinem Gerät einen freihängenden, mächtigen Eisenträger abschneidet. Im übrigen haben die Durchschläge sich statisch meist nicht verderblich auswirken können, da das ganze System gegen die Kontrahenten Druck und Zug überdimensional berechnet wurde (heute würde man vielleicht — der allgemeinen Ten-

denz folgend — wesentlich einfacher konstruieren).

Montagebühne rollt durch die Halle

Bei allem Betrieb aber sind die Vorbereitungen durch sinnvolle Planung so getroffen worden, daß der Verkehr auf den Bahnsteigen oder der Zugverkehr nicht im mindesten gehemmt werden. Eine große fahrbare Montagebühne dient als Plattform für alle größeren Arbeiten und darunter wickelt sich ungestört das pulsierende Leben ab. Den Arbeiten kommt die bereits vorweggenommene Wiederherstellung der Bahnsteige auf eine Länge von 70 Metern zustatten, die vor einiger Zeit mit dem Kostenaufwand von rund 65 000 DM durchgeführt wurde.

Was tut sich sonst im Hauptbahnhof?

Augenblicklich ist ein neues, besonderes

Auskunftgebäude im Bau, das von der Halle aus betreten werden kann. Der bisherige Auskunftsdienst ist für Beamte und Reisende neben dem Schalterbetrieb gleich beschwerlich. Die Bahnkommission wird einen Aufenthalts- und Übernachtungsraum einrichten. Vor der Gepäckabfertigung soll im Laufe des Jahres eine neuartige, beleuchtete Fahrplantafel entstehen, die, mit 10 Rollen versehen, zugleich 10 Reisenden Auskünfte über den Fahrplan vermitteln wird. Das Dach der Wartehalle wird vorläufig nicht verglast. Am Haupteingang zur Stadt wurden ein kleiner Blumenladen und ein Fotokiosk eingerichtet.

Auch hier wartet man auf Kredite

Die Schnelligkeit der Durchführung dieser Arbeiten hängt auch hier weitgehend von der Zuteilung von Krediten ab. Die Bundesbahn selbst, deren Wagenpark sich trotz größter Anstrengungen seit Kriegsende laufend verminderte, kann im Hinblick auf die Behebung vieler Kriegsschäden an Brücken und Bahnkörper aus dem Reiseerlös diese Bauvorhaben allein nicht finanzieren. Sollte keine weitere Verzögerung in der Lieferung von Stahl erfolgen (die bisherige Lieferfrist belaufen sich auf 6 bis 8 Monate), dann werden die begonnenen Arbeiten bis zum September oder Oktober durchgeführt sein. Sicher wird das auch einen gewissen Anreiz auf das reiselustige Publikum nicht verfehlen.

Aus den Nachbarländern

Französisches Gericht verurteilt einen Basler

Mülhausen, Elsaß (fwb). Wegen illegaler Ausübung des Arzt- und Apothekerberufs verurteilte die Strafkammer Mülhausen im Elsaß einen 44jährigen Mechaniker aus Basel zu vier Monaten Gefängnis und 300 000 Francs Geldstrafe. Der Angeklagte, der wegen verschiedener Straftaten in der Schweiz schon 25 Vorstrafen aufzuweisen hatte, betätigte sich seit Juni 1949 in St. Louis bei Mülhausen als „Heilkünstler“ und behauptete vor Gericht, er habe sich des Zulaufs an Patienten kaum erwehren können. 14 Zeugen bekundeten vor Gericht, der Angeklagte habe sie erfolgreich behandelt. Drei Zeugen berichteten das Gegenteil. Der Angeklagte nahm für Diagnosen und Rezepte Honorare zwischen 400 und 1000 Francs und kam auf eine Wochenverdiensnahme von 40 000 Francs, so daß er sich schließlich einen Studebaker-Wagen leisten konnte.

Bei Raufhändeln ums Leben gekommen?

Pirmasens (fwb). In Thalweier wurde die Leiche eines 43jährigen Schneidemeisters aus Rodalben mit schweren Verletzungen aufgefunden. Die Ermittlungen ergaben, daß der Getötete mit einigen Zechbrüdern vor einer Rodalbener Wirtschaft im Kraftwagen nach Thalweier gefahren war, um den „angebrochenen Abend“ dort in einer Gastwirtschaft zu beenden. Nach einer privaten Information soll der Schneidermeister am Morgen in angetrunkenem Zustand auf dem Heimweg mit Arbeitern in Streit geraten sein, die zum Frühzug gingen. Es wird angenommen, daß er im Verlauf einer tätlichen Auseinandersetzung von den Arbeitern niedergeschlagen worden ist. Der Tote hinterläßt Frau und fünf Kinder. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Zur Frage der Ländergrenzen

Baden präzisiert seinen Standpunkt

Freiburg (fwb). In Hinblick auf die weitere Behandlung des Ländergrenzenproblems im Südwestraum durch den Bundestag hat die badische Regierung in Freiburg ihren Standpunkt in einem Protokoll nochmals eingehend präzisiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Darin wird unter anderem ausgeführt, eine echte „Volksbefragung“ sollte dem Staatsvolk die Entscheidung überlassen. Was die Fragestellung betrifft, so hätten Einzelfragen nur nach der Bildung des Südstaates oder nur nach der Wiederherstellung der alten Länder suggestiven Charakter. Dieser Nachteil lasse sich nur durch eine offen gestellte Alternativfrage vermeiden, der in dem badischen Gesetzentwurf enthalten sei. Die drei Länder des status quo

gründeten ihre Existenz auf besatzungsrechtliche Willkür, die nie vom gesamtbadischen oder gesamtwürtembergischen Volk demokratisch bestätigt worden sei. Die alten Länder Baden und Württemberg seien daher von rechtswegen noch als bestehend anzuerkennen. Die weitere Folge laute, daß auch nur nach den alten Ländern abgestimmt werden könne. Daraus folge die Durchziehung und die Auswertung der Stimmen nach den alten Ländern. Endlich folge daraus, daß der Südstaat nur als beschlesener gelten könne, wenn sich in jedem der alten Länder eine Mehrheit für ihn ausspreche. Dies seien die Vorschläge im Entwurf des badischen Abgeordneten Hilbert.

Lang entbehrt
"MOKRI"
besser denn je!
»Die TRADITIONS-ZIGARETTE der LANDE GmbH MÜNCHEN«

Blicklichter AUS ALLER WELT



Ein Dichter starb in Frankreich
Im Alter von 82 Jahren starb André Gide, Nobelpreisträger für Literatur



Das Ende der Donau-Flottille
Die Reste der seit Kriegsende im Passauer Hafen liegenden königlich-ungarischen Donau-Flottille werden jetzt verschrottet. Schwachföhren zerlegen die Panzertürme der Kanonenboote



Wird von Neurath aus der Haft entlassen?
Freifrau Marie von Neurath und ihre Tochter Winifred von Madkessen hoffen, daß der 78-jährige, fast erblindete Freiherr von Neurath aus dem Spondauer Gefängnis entlassen wird



Protestkundgebung in Bonn
46 000 Heimatvertriebene und Kriegsbeschädigte protestierten gegen den Lostramm-Gleichentwurf



„Peter“ gibt Küfchen
Nur seinem Herrn gibt der Steinaller „Peter“ ein Küfchen. Auf der Adlerwarte Berlebeck im Teutoburger Wald ist er zu Hause



Portugals erstes großes Elektrizitätswerk eingeweiht
Kürzlich wurde das erste große Elektrizitätswerk Portugals an der neuerrichteten Talperre von Castelo Bode in Betrieb gesetzt. Mit dieser Talperre, deren Sperrmauer 120 Meter hochragt, besitzt das Land eine Energiequelle von jährlich 300 Millionen Kilowatt Strom



„Santa Elena“ vom Stapel gelassen
Das 6300 BRT große Schiff der Hamburg-Süd-amerikanischen Dampferlinie wurde vor kurzem seinem Element übergeben



Wirtschaftspolitischer Bundestagsausschuß besichtigt Krupp-Gelände
Unter Teilnahme von vier Ministern der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen besichtigte der wirtschaftspolitische Ausschuß des Bundestages die Bergarbeiter-Wohnlager und die zerstörten Stadtviertel von Essen. Unser Bild zeigt die Herren auf dem Krupp-Gelände



2500 Weststaaken optierten für Westberlin
2500 von den 5000 Einwohnern Weststaakens haben für Westberlin optiert und sich in der britischen Zone Westberlins registrieren lassen, um der SED-Verwaltung zu entgehen. Links ein Fotoreporter an der Zonengrenze, rechts ein Mülltransport beim Verlassen Weststaakens



Dauerspielerrekord auf dem Klavier
Mindestens 175 Stunden will Heinz Arutz bei einem Rekordversuch in einem Frankfurter Lokal Klavierspielerweise ausshoren



„Mit der Pflanze in der Hand...“
Mit einem Kuß vom Kirchendiener wird die Siegerin des traditionellen Hausfrauenlaufes einer kleinen englischen Stadt empfangen



Ein Hubschrauber bringt Rettung
Ein kalifornischer Fischer, dessen Boot gekentert war, konnte sich so lange über Wasser halten, bis ihn ein Hubschrauber rettete



Erfolgreiche Tournee des Abraxas-Balletts
Werner Egl (links) unterhält sich mit dem Ballettmeister über Stockholmer Oper und der Primaballerina Teatrina Charat